

Beschluss des Landrats vom 14.12.2022

Nr. 1894

6. Petition «Sofortiger und massiver Ausbau erneuerbarer Energien» 2022/364; Protokoll: gs

Die Petition für einen sofortigen und massiven Ausbau erneuerbarer Energien sei von den «Lehrer:innen für den massiven Ausbau erneuerbarer Energien im Kanton Basel-Landschaft» mit 413 gültigen Unterschriften eingereicht worden, sagt Kommissionspräsident **Heinz Lerf** (FDP). Am 16. Juni 2022 hat die Geschäftsleitung des Landrats entschieden, sie zur Vorberatung an die Petitionskommission zu überweisen. Die Petition richtet sich sowohl an den Landrat als auch an den Regierungsrat. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner verlangen zwei Dinge: einen sofortigen und dringlichen Ausbau der Sonnenenergie (Photovoltaik und Solarwärme) auf allen möglichen Schulgebäuden im Kanton Basel-Landschaft sowie zweitens die energetische Sanierung oder Isolierung aller Schulanlagen und die Umrüstung auf nachhaltige Heizsystemen (Holz, Biogas, Wärmeverbund usw.), falls dies noch nicht realisiert ist. Für weitere Details wird auf den Kommissionsbericht verwiesen.

Die Petition wurde an den Kommissionssitzungen vom 20. September und vom 22. November 2022 beraten. Eintreten auf die Petition war unbestritten. Der Regierungsrat äussert sich in einer schriftlichen Stellungnahme vom 30. August 2022 sinngemäss wie folgt: Der Kanton Basel-Landschaft verfolge seit Langem das Ziel, den Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen seiner Bauten und Anlagen zu reduzieren. Dafür würden die Gebäude und Anlagen in allen Lebenszyklen auf die sozialen, ökonomischen und ökologischen Aspekte der Nachhaltigkeit angeschaut. Dabei stützt man sich auch auf die Klima-Charta der Nordwestschweizer Regierungskonferenz sowie die Strategie des Regierungsrats für eine nachhaltige Entwicklung im Kanton Basel-Landschaft ab. Das Hochbauamt bekennt sich auch zu seiner Vorbildrolle in Sachen Nachhaltigkeit. Technische Details können dem Bericht der Kommission entnommen werden.

An der September-Sitzung wurden zwei Delegationen empfangen. Die beiden Vertreter der Petition präsentierten eine detaillierte und übersichtliche Dokumentation ihrer Anliegen. Sie begrüssen die Tatsache, dass Regierung und Parlament des Kantons bereits viele Schritte unternommen haben und weitere planen, um dem Anliegen gerecht zu werden. Mit den Antworten des Regierungsrats zeigten sich die Vertreter der Petentinnen und Petenten soweit zufrieden; die dort aufgeführten Punkte konnten nachvollzogen werden. Zur Forderung nach einem sofortigen und massiven Ausbau der Solarenergie auf allen hierfür möglichen Schulgebäuden erklärten die Petenten, dass sie den erfolgten oder geplanten Ausbau von Photovoltaikflächen auf Bildungsbauten begrüsst, den Fortschritt der letzten Jahre jedoch als zu bescheiden erachten würden.

Die drei Vertreter der BUD erklärten, man verfolge schon lange einen Ausbau von Photovoltaikanlagen auf kantonalen Gebäuden und somit auch auf den Bildungsbauten. Sie erläuterten noch einmal detailliert die verschiedenen in der Stellungnahme des Regierungsrats aufgeführten Punkte – und betonten, man werde an der Sache dran bleiben. Es habe sogar eine substanzielle Erhöhung des Betrags gegeben, der für die spezifischen Arbeiten eingesetzt werden kann. In technischer Hinsicht verwiesen die Kantonsvertreter darauf, dass Photovoltaikanlagen grundsätzlich nur auf Dächern installiert werden sollten, die noch eine Lebensdauer von mindestens 30 Jahren haben. Es muss also immer abgeklärt werden, ob eine Installation möglich ist – oder ob die Dächer zuerst saniert werden müssen.

Die Mitglieder der Petitionskommission stellten fest, dass sowohl der Kanton als auch die Petentinnen und Petenten grundsätzlich die gleichen Ziele verfolgen, was sehr erfreulich ist. Entsprechend erklärten sich die Vertreter der Petentinnen und Petenten in weiten Teilen mit der Stellungnahme des Regierungsrats einverstanden. Auch die Kommissionsmitglieder erachten das Anlie-

gen der Petition als berechtigt. Neben der positiven Würdigung der kantonalen Anstrengungen wurde aber auch betont, dass mit der Stellungnahme des Regierungsrats nicht alle Fragen restlos geklärt seien. Aus diesem Grund hat ein Mitglied der Petitionskommission beantragt, die Petition als Postulat an den Regierungsrat zu überweisen. Dies jedoch fand keine Unterstützung. Die Kommissionsmehrheit schlägt dem Landrat vor, die Petition zur Kenntnis zu nehmen. Es sind bereits vielerlei Gebäudesanierungen mit Nachrüstungen von Photovoltaikanlagen erfolgt, weitere werden laufend geplant und realisiert. Die Mehrheit der Petitionskommission kann keine Vorteile darin erkennen, das Anliegen der Petition noch einmal vom Regierungsrat prüfen und ihn über das Ergebnis berichten zu lassen. Das sei bereits passiert. Mit der Stellungnahme des Regierungsrats zur Petition sowie den ausführlichen Erläuterungen sei die Überweisung als Postulat hinfällig. Die Mitglieder der Petitionskommission beantragen dem Landrat mit 4:1 Stimmen ohne Enthaltungen, die Petition zur Kenntnis zu nehmen. Die eine Gegenstimme sprach sich für die Überweisung des Petitionsanliegens als Postulat an den Regierungsrat aus.

– *Eintretensdebatte*

Ursula Wyss Thanei (SP) sagt, dass es in der Petition um die Schulen des Kantons gehe. Sie verlangt, dass der Kanton die Gebäude, in denen die Schule untergebracht sind, schnell energetisch saniert und mit Photovoltaikanlagen belegt. Der Kommissionspräsident hat die Haltung des Kantons dargelegt. Dieser betrachtet die Schulgebäude als Teil der kantonalen Immobilien – sie werden gemäss Investitionsplan renoviert, falls nötig saniert, erweitert und mit Photovoltaikanlagen belegt. Schulhäuser sind aber besondere Gebäude. Junge Menschen erhalten hier ihr Rüstzeug für die Zukunft. Zu dieser Zukunft gehört auch der Klimawandel – oder auch die Energieverknappung, die drohend ansteht. Da könnte der Kanton ein besonderes Zeichen setzen und seine Vorbildrolle nachhaltig wahrnehmen. Die Petenten haben von «Leuchttürmen» gesprochen. Wenn die Nutzung der Solarenergie für die Jugend zur Selbstverständlichkeit wird, kann man davon ausgehen, dass dies die Energiewende beschleunigen wird. Darum stellt die Rednerin, auch im Namen der Fraktion, den Antrag, die Petition als Postulat zu überweisen. Der Kanton soll gebeten werden, seine Ressourcen zu überprüfen und Möglichkeiten zur Beschleunigung just im Bereich der Bildung aufzuzeigen.

Dominique Erhart (SVP) sagt, dass sich seine Fraktion dem Regierungsrat anschliesse. Man ist der Meinung, dass der Sache Genüge getan ist, wenn man die Petition zur Kenntnis nimmt. Man hört jeweils vom Baudirektor, dass die Planung laufend erfolgt und auch Schulgebäude bei laufenden Sanierungen energetisch überprüft und gemäss den neuesten Erkenntnissen angepasst werden. Die Schulgebäude gehören zum Verwaltungsvermögen – es sind nicht andere Gebäude als die übrigen Immobilien des Kantons. Es eignet sich auch längst nicht jedes Gebäude vom Dach und der Statik her für eine PV-Anlage. Darum ist es richtig, wenn man die Petition zur Kenntnis nimmt. Man hat auch volles Vertrauen in den Baudirektor, dass er solche Projekte priorisiert und die Aufgabe wahrnimmt. Dafür braucht es nicht extra ein Postulat.

Die Fraktion von **Marco Agostini** (Grüne) wird zu einem grossen Teil für die Überweisung stimmen. Der Redner persönlich denkt, dass bereits genug gemacht wird. Isaac Reber und seine Leute haben gezeigt, dass einiges geht. Hier nun einen sofortigen und massiven Ausbau anzugehen, ist gar nicht möglich. Es fehlt an Material, es fehlt an Firmen, welche die Arbeiten ausführen, es fehlt am Personal. Eine andere Frage muss man ebenfalls stellen: Ist es richtig, dass der Kanton extrem vorwärts macht – und für die Privaten allenfalls Wartezeiten von einem halben Jahr entstehen, wenn sie eine Wärmepumpe oder ein Solardach wollen? Es ist dem Anliegen Genüge getan, wenn man die Petition zur Kenntnis nimmt – dies als persönliche Meinung. Man weiss um die

Problematik und es wird auch einiges gemacht. Ein grosser Teil der Fraktion wird aber für die Überweisung als Postulat votieren.

Thomas Eugster (FDP) sagt, dass die FDP-Fraktion mit der Petitionskommission einig gehe. Es macht keinen Sinn, die Petition als Postulat zu überweisen, weil der Regierungsrat durch die BUD bereits berichtet hat. Man ist im Grundsatz absolut der Meinung, dass PV-Anlagen gefördert werden müssen. Wichtig ist deshalb – das ist bereits im Bericht erwähnt –, dass die Regierung den laufenden jährlichen Betrag erhöht hat. Die Finanzen sind also da, um solche Anlagen zu bauen. Jetzt ist es eben entscheidend, dass man diese Anlagen dort baut, wo es innerhalb der Kantonsbauten stimmt. Das hat damit zu tun, wann welches Dach saniert werden muss – und welches Haus wie gut ausgerichtet ist. Diese Freiheit muss man der Regierung belassen. Sie soll die Reihenfolge bestimmen und die Nachrüstungen entsprechend vornehmen. Das Geld ist da. Die Sache läuft. Die Regierung nimmt sie auch an die Hand; das hat sie auch klar gesagt (wie auch die BUD-Vertreter in der Kommission). Darum ist man der Meinung, dass man die Petition zur Kenntnis nehmen kann. Eine Überweisung als Postulat bringt keinen Mehrwert, weil bereits berichtet wurde – und es ist in der Sache richtig, dass der Regierungsrat entscheiden kann, wo zuerst eine Installation erfolgen soll. Die Fraktion wird für Kenntnisnahme stimmen.

Markus Dudler (Die Mitte) sagt, für die Fraktion Mitte/glp sei es klar, dass Sanierungen seitens des Kantons – nicht nur von Schulgebäuden – künftig nur noch gemäss den neuesten energetischen Standards gemacht werden sollen. PV-Anlagen sollen dabei eine Selbstverständlichkeit darstellen. Das ist auch die Haltung der Regierung, wie man es erlebt und wie es in ihrem Commitment zur Petition dargestellt ist. Der Landrat unterstützt diese Haltung ebenfalls, indem er die notwendigen Finanzen immer wieder zur Verfügung stellt. Mit einem Postulat will man Einfluss auf die Prioritäten nehmen und die Zeitschiene beeinflussen. Corona und die drohende Energiemangellage haben gezeigt, dass der Komfort bei Schulgebäuden nicht nur ein «nice to have» darstellt, sondern entscheidend ist für einen gesicherten Schulbetrieb. Auch vor diesem Hintergrund macht es Sinn, bei der Sanierung Prioritäten zu setzen. Damit kommt auch der Aspekt der Vorbildfunktion des Kantons zum Tragen. Natürlich interessiert es die Fraktion als verantwortungsbewusste Kraft im Landrat, wie dies finanziert wird und welche zusätzlichen Ressourcen es in der Verwaltung benötigt. In der Gesamtbetrachtung macht es für die Mehrheit der Fraktion durchaus Sinn, die Petition als Postulat zu überweisen. Das soll aber nicht als Misstrauen gegenüber der Verwaltung angesehen werden. Sie soll vielmehr die Gelegenheit erhalten, dem Landrat und der Bevölkerung nochmals detailliert zu berichten, was geplant ist. Ob man damit eine Beschleunigung erreicht, hängt aber auch von der Verfügbarkeit von externen Ressourcen wie Fachkräften und Materialien ab. Hier hat der Kanton wenig bis keinen Einfluss. Man muss sich vielmehr bewusst sein, dass der Kanton im Kampf um diese Ressourcen in Konkurrenz mit den Privatinvestoren steht. Das ist nicht unbedingt wünschenswert, da der Kanton etwa mit dem Energiepaket das Ziel verfolgt, die private Initiative zu fördern. Zusammengefasst: Die Mehrheit unterstützt die Überweisung als Postulat.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 46:44 Stimmen wird die Petition als Postulat überwiesen.